

Antifaschistisches Pressezentrum und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falkenstraße 46, 10997 Berlin
Tel./Fax: 030 611 62 49
Blz: 100 500 00/Kto-Nr.: 0670017787

blick nach

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 17. Jahrgang, Nr. 24, 30. November 2000

A 13861

rechts

Einblicke

Unsere Schande

Von Astrid Hölscher

Wir wollten den Anfängen wehren. Und befinden uns mit-tendrin. „Nie wieder!“ lautete das nachkriegsdeutsche Credo, in das sogar Ost und West einzustimmen vermochten, getrennt und doch irgendwie vereint. Was wir heute erfahren, ist ein Immer-Wieder. Bilder, die wir nicht wahrhaben, am liebsten verdrängen möchten, dringen in unseren Alltag. Das brennende Asylheim, der Afrikaner, der durch die Straßen gehetzt wird, der Obdachlose, der erschlagen wird, weil er Hitler einen Verbrecher nennt. Und nun dieses tote Kind im Schwimmbad. Viele haben weggesehen, sich umgedreht, keiner hat eingegriffen. Und hinterher herrschte Schweigen. In dieser Stille liegt die Schuld.

Niemand sage, er oder sie habe nichts gewusst. Mit diesem Vorhalt ging die heute regierende Generation einst in den Sechzigern daran, die Verbrechen der NS-Zeit und das Versagen der Menschen in ihr aufzuarbeiten. Nun droht die Generation der Schuldbewussten ohne eigene Verstrickung zu versagen, weil sie die Zeichen der Bedrohung verkennt oder doch zu lange missachtet hat.

Das Wegducken, Wegschauen, Wegdenken beschränkt sich ja nicht auf die sächsische Kleinstadt Sebnitz. Der Mord am kleinen Joseph bliebe eine erschreckende Exzesstat, wäre er ein Einzelfall, nur vorstellbar in einer bestimmten Konstellation zu bestimmter Zeit an einem bestimmten Ort. So aber ist er ein Fanal. Es gibt sie auch andernorts, jene Atmosphäre der Angst und Einschüchterung, wie sie offenkundig die Stadt Sebnitz prägt. Wer sehen will, erhält täglich Anschauungsunterricht. Sebnitz sei eine „Stadt der Schande“, haben erschreckte und empörte Menschen den Sachsen ins Internet-Gästebuch geschrieben. Es ist schlimmer und nicht so einfach geografisch einzugrenzen. Es ist unsere Schande.

Astrid Hölscher ist Kommentatorin der „Frankfurter Rundschau“

Ganz normale Morde

Von Rechtsextremen begangene Tötungsdelikte werden von der Polizei häufig nicht als solche erfasst. **Seite 2 ■**

Die Biedermänner

Die Republikaner kuschen im Windschatten des drohenden NPD-Verbots und beteuern ihre Verfassungstreue. **Seite 4 ■**

Partei der Gewalttäter

Vertreter der französischen extremen Rechten geraten zunehmend in die Fänge der Justiz. **Seite 6 ■**

Der „arische Kampf“

US-amerikanische Neonazis rufen offen zu gewalttätigen Anschlägen auf, um das politische System zu verunsichern. **Seite 7 ■**

Vorwürfe entkräftet

Den Kritikern der Wehrmachtausstellung wurde von der Expertenkommission eine deutliche Absage erteilt. **Seite 10 ■**

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Löhlhöfel

Redaktion: Gabriele Nandlinger

Seitenblick**Nicht zielgerichtet****Die Polizei tut sich schwer mit der Einordnung rechter Gewalt**

Auch nach den Veröffentlichungen rechtsextremistischer Tötungsdelikte in der „Frankfurter Rundschau“ und im „Tagesspiegel“ sind die Polizeibehörden offenbar nur unzureichend bereit, ihre Statistiken zu revidieren. Während das Bundesinnenministerium seinerzeit nur von 25 Todesopfern rechtsextremistischer Gewalt sprach, trugen Mitarbeiter beider Zeitungen sehr viel mehr Fälle zusammen und kamen auf insgesamt 93 Todesopfer rechtextrem motivierter Gewalt seit 1990. Das Bundeskriminalamt hat daraufhin die polizeilichen Statistiken überprüft und kommt auf nunmehr 36 Menschen, die aufgrund rechtsextremer Gewalt ihre Leben verloren haben. Erneut stützt sich das BKA damit nicht auf eigene Recherchen, sondern ausschließlich auf die Angaben der Landespolizeibehörden. Obwohl diese Informationen inzwischen ganz offensichtlich selbst vom BKA für zweifelhaft und fragwürdig gehalten werden.

Gegenüber der „Mitteldeutschen Zeitung“ hat der Vizepräsident des Bundeskriminalamtes, Bernhard Falk, erstmals in der Öffentlichkeit Defizite bei der Erfassung rechtsextremistischer Straftaten im Allgemeinen und rechtsextremistischer Tötungsdelikte im Besonderen eingeräumt. Der Spielraum für die Erfassung entsprechend motivierter Delikte bei den Landespolizeibehörden sei „offensichtlich zu breit“, sagte Falk dem Blatt.

Auch nach der Überprüfung der Statistiken tauchen zwei Todesopfer rechtsextremistischer Gewalt aus Sachsen-Anhalt weiterhin nicht in den revidierten Zahlen des BKA auf. In der Nacht vom 24. auf den 25. April 1993 überfielen rund 50 Skinheads aus Bad Lauchstädt sowie aus Halle/Saale eine Diskothek in Obhausen bei Querfurt. Der Überfall war offenbar zielgerichtet, denn die Skinheads konzentrierten sich bei ihrem Angriff auf wenige Personen in der Diskothek. Mit Ketten, Latten und Baseballschlägern prügeln die Skinheads auf ihre Opfer ein, treten die am Boden liegenden mit Springerstiefeln gegen Kopf und Körper. Eines der Opfer, ein junger Bundeswehrsoldat, erliegt zwei Tage später im Krankenhaus seinen schweren Schädelverletzungen.

Für das Landeskriminalamt ist der junge Soldat dennoch kein Opfer rechtsextremistischer Gewalt. Das sieht das Landesamt für Verfassungsschutz jedoch noch anders. Im Jahresbericht für 1993 taucht der Fall im Kapitel „Militanter Rechtsextremismus“ auf.

Anders ist es mit dem Fall des 17-jährigen Punkers Frank Böttcher, der in den frühen Morgenstunden des 8. Februar 1997 mit schweren Schädelverletzungen und mehreren Messerstichen im Rücken an einer Straßenbahnhaltestelle im Magdeburger Plattenbauviertel Neu-Olvenstedt aufgefunden wird. Verletzungen, denen er wenige Stunden darauf im Krankenhaus erliegt. Zwar ist es ein gleichaltriger Skinhead, der etwa zwei Wochen später festgenommen und später zu neun Jahren Jugendstrafe verurteilt wird - dennoch befinden es Staatsschutz- und Verfassungsschutzbehörden nicht für erforderlich, den Fall in die Statistik von Todesopfern rechtsextremer Gewalt aufzunehmen. Im Verfassungsschutzbericht von Sachsen-Anhalt für 1997 taucht der Fall nur per Zufall auf, im Kapitel Linksextremismus. Am Rande mehrerer Demonstrationen gegen rechtsextremistische Gewalt und den Mord an Frank Böttcher kam zu teilweise heftigen Ausschreitungen von Punkern und Autonomen.

Beide Opfer werden auch künftig nicht in der Staatsschutzstatistik geführt. Die Tatumstände seien andere, heißt es aus dem Innenministerium. Denn beiden Taten haben eine klare Zielrichtung gefehlt. Der Bundeswehrsoldat, der 1993 nach dem Überfall auf die Diskothek in Obhausen ums Leben kam, sei ja schließlich nicht Ziel des Angriffes gewesen und quasi per Zufall zwischen die Fronten rechter und linker Jugendlicher geraten. Weil er als zielgerichtet ausgesuchtes Opfer gar nicht gemeint war, kann er folglich auch nicht in der Statistik von Todesopfern rechtsextremistischer Gewalt geführt werden, heißt das folglich.

Und so zynisch das klingt, ähnlich ist die Argumentation auch im Fall Frank Böttchers. Der Skinhead war zufällig an der Haltestelle vorbeigekommen, an der der 17-jährige Punker auf die Straßenbahn wartete. Ihn hätten die bunten Haare gestört, zudem habe er sich durch sein Opfer provoziert gefühlt, gab der zur Tatzeit angetrunkene Skinhead schließlich vor Gericht zu Protokoll.

Für die Polizei in Sachsen-Anhalt deshalb eine Zufallstat, für die Kriminalgeschichte des Landes deshalb ein ganz normaler Mord, vielleicht unter einigen ungewöhnlichen, keineswegs aber politisch motivierten Begleitumständen. *Eberhard Löblich*

Aktivitäten**Vitale braune Szene**

In Sebnitz gibt es aktive Neonazistrukturen. Unbehelligt marschieren Rechte vor dem Elternhaus des ermordeten Jungen auf.

Der Tod des 6-jährigen Joseph A. hat die sächsische Stadt Sebnitz in die Schlagzeilen gebracht. Zwei junge Männer und eine Frau kamen wegen dringenden Mordverdachts vorübergehend in Haft. Sie sollen im Juni 1997 den kleinen Jungen in einem Schwimmbad misshandelt und ertränkt haben. Nach bisherigen Erkenntnissen soll keiner der drei einer rechtsextremen Organisation angehören. Die Haftbefehle wurden wieder ausgesetzt.

Mehrfach versammelten sich größere Gruppen von rechten Jugendlichen unbehelligt vor dem Haus der Eltern des Jungen, die in Sebnitz eine Apotheke betreiben. Zeitungsberichten zufolge drohten sie an, die „Bude anstecken“ zu wollen, stießen Schmähungen und Morddrohungen gegenüber der Familie aus und reckten den Arm zum Hitlergruß.

In Sebnitz gibt es seit Jahren eine vitale Neonazistruktur. Von 1993 bis 1999 produzierte hier Mirko Hesse, Ex-Mitglied der zwischenzeitlich verbotenen Nationalen Offensive (NO), sein Fanzine „Hass Attacke“, das inoffizielle Bundesorgan der „Hammer Skins“. Der gelernte Zimmermann ist auch Inhaber des Neonazi-Musiklabels „H.A. Records“ in Sebnitz. Hier spielte die Neonazi-Band „14 Nothelfer“ (Sitz im benachbarten Pirna) ihre erste Platte namens „Einstand“ ein. Sänger der Band ist Thomas Sattelberg, Ex-Kader der verbotenen neonazistischen Wiking-Jugend, und später Vorstandsmitglied des NPD-Kreisverbandes Sächsische Schweiz. Sattelberg war auch Mitglied der jüngst von den Behörden zerschlagenen braunen Gruppierung „Skinheads Sächsische Schweiz“ (SSS), die - wie die Neonazi-Truppe „White Warrior Crew Sebnitz“- quasi als Vorfeldorganisation der NPD tätig war. Als Redner für die NPD trat im November 1999 der verurteilte Rechtsterrorist Manfred Roeder in Sebnitz-Hartigswalde auf. Zur SSS zählt der gebürtige Sebnitzer Uwe Leichsenring, der die NPD im Kreistag von Königstein vertritt. Im Stadtrat von Sebnitz sitzt für die NPD der Arzt Johannes Müller. In Sachsen ist die NPD in den Stadtparlamenten von Meißen, Riesa, Wurzen und Sebnitz vertreten.

(BNR/A.M.)

Aktivitäten**Ein rechtes Paar**

Die Aktivitäten der NPD-Mitglieder Schmidt sind ortsbekannt und geduldet.

Jahrelang haben sich die Eheleute Hans und Edda Schmidt aus Bisingen bei ihrem örtlichen Verband des Deutschen Roten Kreuzes engagiert und niemand hat daran Anstoß genommen. Bisher sah das DRK keine Handhabe, sich von den beiden zu trennen. Erst jetzt ist man beim zuständigen Kreisverband auf ein Urteil gestoßen, das vor dreieinhalb Jahren verkündet wurde. Beide Schmidts wurden seinerzeit vom Landgericht Stuttgart unter anderem wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhass, illegaler Einfuhr von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen zu 20 Monaten Freiheitsstrafe, ausgesetzt zur Bewährung, verurteilt. Beide sind somit vorbestraft.

Aus ihrer Gesinnung haben Edda und Hans Schmidt seit Jahren kein Geheimnis gemacht. Sie betreiben in ihrem Haus ein Versandantiquariat mit dem Schwerpunkt NS-Literatur. Edda Schmidt gehört dem NPD-Landesvorstand in Baden-Württemberg an. Schon in ihrer Kindheit wurde sie dem braunen Gedankengut familiär „zugeführt“. Ihre Eltern und Geschwister ließen keine Aktivität in der 1994 verbotenen Wiking-Jugend aus. Zudem wirkte die Familie Biber, so ihr Mädchenname, bei der rassistischen „Artgemeinschaft“. Dort war Edda Schmidt einige Jahre in der Schriftleitung des gleichnamigen Mitteilungsorgans. Auch bei der Wiking-Jugend hatte sie zeitweise die Schriftleitung für das Blatt „Der Wikinger“ inne.

Hans Schmidt war bis 1983 als Realschullehrer tätig. Dann schied er im Alter von 44 Jahren wegen Dienstunfähigkeit aus dem Schuldienst aus. Seitdem bezog er eine stattliche Pension. Pikant: Mit dem Aufrollen der Verurteilung von 1997 fordert das Landesamt für Besoldung nun 178 000 Mark zurück. Wer zu mehr als sechs Monaten Haft (auch bei Bewährung) verurteilt wird, hat kein Anrecht auf entsprechende Bezüge.

Edda Schmidt ist NPD-Landtagskandidatin für den Wahlkreis Esslingen. Im heimischen Bisingen wollte man von all diesen Dingen lange Zeit nichts hören. Engagement und Hilfsbereitschaft wurden herausgestellt. Rassismus fließe nicht in die DRK-Arbeit vor Ort ein, verteidigte man die Familie Schmidt. Sohn Diethelm wurde jetzt auch erwischt, wie er Anti-Antifa-Fotos schoss. *Horst Freires*

Aktivitäten**Die saubere Rechte**

Die Republikaner geben sich lammfromm und wollen sich von der NPD abgrenzen.

Rolf Schlierer bleibt an der Spitze der Republikaner. Er wurde auf dem Parteitag am 18./19. November im schwäbischen Winnenden wieder als Vorsitzender, und damit zum dritten Mal seit seinem Amtsantritt im Dezember 1994, bestätigt. Es war allerdings davon auszugehen, dass so kurz vor der für die REP so wichtigen Landtagswahl im nächsten März in Baden-Württemberg kein Wechsel in der Führungsspitze mehr stattfinden würde. Im dortigen Landesparlament sind die REP seit 1992 als Fraktion vertreten. Der Wiedereinzug in den Stuttgarter Landtag unter Rolf Schlierer, der auch wieder als Spitzenkandidat antritt, ist für die extrem rechte Partei in ihrer jetzigen Formation schon fast zur Existenzfrage geworden.

Nicht, dass es parteiintern überhaupt kein Aufmucken gegeben hätte. Im Vorfeld des Parteitages vom 18./19. November in Winnenden war kolportiert worden, dass der hessische REP-Generalsekretär Gottfried Burischek gegen Schlierer um das Amt des Vorsitzenden antreten wolle. Rechtsausleger Burischek gilt als Wortführer der Schlierer-Gegner, die für einen Rechtsruck der REP eintreten. Überraschend sprang dann aber nicht Burischek, sondern ebenfalls vom hessischen Landesverband der 76-jährige Hans Hirzel, der sich gerne als einstiges Mitglied der NS-Widerstandsorganisation Weiße Rose rühmt, in den Ring, als es um die Wahl des Parteivorsitzenden ging. Ein „Vernichtungskrieg“ sei gegen die REP und „alle Deutschen, die deutsch bleiben wollen“ im Gange, führte Hirzel zur Begründung an. Der Hass gegen Rechts sei stärker als der hassvolle Antisemitismus in der NS-Zeit, spannte er flugs den Bogen zur Nazidiktatur. Welch bessere Antwort könne man da in der gegenwärtigen Situation geben, als einen REP-Bundesvorsitzenden, der der Weißen Rose angehört hatte, warb Hirzel bei den Delegierten um seine Unterstützung. Seine Anhängerschar beschränkte sich dann aber mit 63 Stimmen auf rund 20 Prozent der Parteitagsglieder, wobei das Votum für Hirzel nicht unbedingt als Anerkennung für dessen Rolle als Widerstandskämpfer gelten dürfte, sondern wohl eher gegen Schlierer, den 312 von 384 Delegierten wählten, gerichtet war. Durch den Ge-

genkandidaten war aber offensichtlich nicht beabsichtigt, einen Kurswechsel in der REP-Politik herbeizuführen.

Schlierers neu gewähltes Stellvertreter-Team setzt sich wieder aus seinen bewährten Mitstreitern und der -streiterin Uschi Winkelsett, Landesvorsitzende von Nordrhein-Westfalen, Johann Gärtner, Landesvorsitzender Bayern, Werner Müller, Berlin, und Frank Rohleder aus Sachsen zusammen. Neu dazu gestoßen ist der hessische Landesvorsitzende Haymo Hoch. Chancenlos bei den Stellvertreter-Wahlen blieb Burischek. Er erhielt unter den Bewerbern das schlechteste Stimmergebnis. Gar nicht wieder angetreten als Parteivize war der Schlierer-Kontrahent und baden-württembergische Landesvorsitzende Christian Käs, der als Verfechter eines schärferen Rechtskurses der REP-Politik gilt. Käs' Verlautbarungen dienen dem Verfassungsschutz schon mehrfach als Beleg für rechtsextremistisches Gedankengut bei den Republikanern.

Im Schatten des drohenden NPD-Verbots gibt man sich lieber zahm und vermeidet jegliche negative Publicity. Die REP seien „absolut verfassungstreu“, wurde Parteichef Schlierer nicht müde, zu betonen. Zupass kam ihm hier selbstredend ein Urteil des Truppendienstgerichts in München, in dem den REP Verfassungstreue bescheinigt wurde. Noch deutlicher könne man es nicht formulieren, begrüßte Schlierer die Urteilsbegründung, womit das Gericht Disziplinarverfahren, die das Bundesverteidigungsministerium gegen REP-Mitglieder angestrengt hatte, zurückwies.

Gegenüber der NPD wollen die Republikaner sich eindeutig abgrenzen. Es sollen auch keine ehemaligen NPD-Mitglieder mehr aufgenommen werden. Mit der NPD gebe es „keine Gemeinsamkeit und keine Kooperation“, betonte Schlierer in seiner Ansprache an das Parteivolk. Die REP würden sich aber nicht an der „Verbotsdiskussion gegen die NPD beteiligen“, schränkte er ein. Andererseits wollten die REP auch „kein Auffangbecken für jene bilden, die jetzt der NPD den Rücken kehren, um andernorts ihr Unwesen zu treiben“, erklärte er. Schlierer bezeichnete die NPD dabei als „Gefahr für die demokratischen Rechte, weil sie mit ihrem Dumpfbacken-Radikalismus jeden ernstzunehmenden rechten Ansatz diskreditiert, indem sie als nützlicher Idiot alljene Vorurteile und Klischees bedient, der unserer Gegner bedürfen, um uns gegenüber den Bürgern verleumden zu können“, kritisierte der REP-Vorsitzende.

Nach wie vor sehen sich die REP in der Rolle der Verfeimten. Neben der Diskriminierung durch die anderen Parteien, den „Machenschaften und Verleumdungen“ seitens des Verfassungsschutzes, sei es heute die Postbank, die mit der Kündigung von Konten die „Handlungsmöglichkeiten“ der REP beschneiden wolle, lamentierte der Parteivorsitzende. Eine Kündigung von Konten einzelner Bevölkerungsgruppen habe es „schon einmal in den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts“ gegeben. „Eine Wiederholung solcher Vorgänge dürfen wir nicht hinnehmen“, bemühte Schlierer hier unverföhren die NS-Zeit. Die „Altparteien“ würden „durch ihre Stimmungsmache gegen alles was rechts sei, ein Pogromklima erzeugen“, beklagte er. In dieses Bild passten dann auch die rund 4 000 Gegendemonstranten, die in Winnenden gegen die von einem massiven Polizeiaufgebot weiträumig abgeschirmte REP-Veranstaltung in der Stadthalle protestierten. Laut Schlierer „alles Demokratiefeinde“, wozu er auch die SPD zählte, die das Klima im Vorfeld des Parteitags vergiftet hätten.

Im Gegensatz dazu wollen sich die REP als die friedliebenden Bürger präsentieren. Sie verurteilten „uneingeschränkt jede Form von Gewalt“. Aber: Mit Besorgnis werde beobachtet, dass „rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten in Deutschland instrumentalisiert werden, um die konservativen Kräfte aus dem politischen Diskurs zu verdrängen“, heißt es in einer verabschiedeten Resolution. Das Thema „rechtsextreme Gewalt“ werde von Politik und Medien hochgespielt, in der „Absicht, politisch daraus Kapital zu schlagen“.

Mehr nach dem Geschmack der REP ist da der Begriff deutsche Leitkultur, wozu sich der Parteitag in einer weiteren Resolution bekannte. Die Diskussion darüber dokumentiere „die schwerwiegenden Identitätsprobleme der Deutschen“, deren Geschichtsverwurzelung gegen „eine Erinnerungskultur ausgetauscht worden“ sei. Deutsche Leitkultur sei notwendig, „um dem linken Kulturrelativismus, der sich aus einem pathologischen Hass auf die eigene Nation speist, eine Grenze zu setzen“. Hierzu gehöre auch das klare Bekenntnis, dass „Deutschland kein Einwanderungsland ist und werden kann“.

Stimmungsmache gegen Ausländer ist und bleibt schließlich das Erkennungszeichen der extrem rechten Partei. Da lässt sich auch für den Parteivorsitzenden in seiner - ansonsten wenig mitreißenden - Rede beim Publikum Boden gewinnen. Laut Schlierer droht Deutschland eine Zuwanderungsflut un-

gekannten Ausmaßes. Er forderte Verhinderung statt Begrenzung von Zuwanderung. Die Republikaner ließen sich nicht das eigene Land wegnehmen, hätten ein Recht auf Heimat auch im eigenen Land.

Ähnlich sieht das auch der als Gast auf dem REP-Parteitag anwesende Vertreter des fremdenfeindlichen belgischen Vlaams Blok, Wim Verreycken, der den Teilnehmern Mut zusprach. Deutschland müsse wieder das „Herz des freien Europa“ werden, die „linke Meute in die Kulisse der Geschichte zurückweisen“. Er wünsche sich ein Europa „frei von Gästen, die unsere Gastfreundschaft missbrauchen“, hieß es in seinem Grußwort.

Der Parteitagsdelegierten dankten dem Vorsitzenden Rolf Schlierer für seinen fast zweistündigen Vortrag mit freundlichem Beifall, aber wenig enthusiastisch und nicht langanhaltend. Standing ovations - wie bei Vorgänger Schönhuber - gibt es allerdings für Schlierer sowieso nicht. Es zeigte sich aber deutlich, dass er und seine Führungsmannschaft die Basis im Griff haben. So waren längere Diskussionen auch gar nicht gewünscht. Mehrheitlich plädierten die Delegierten für zweiminütige Redezeitbegrenzung, empörten sich nicht einmal, als die Tagungsleiterin Uschi Winkelsett einem Redner einfach das Mikrofon abdrehte. Der Betroffene kündigte bei der Gelegenheit dann seinen Parteiaustritt an. Lediglich eine gewünschte Satzungsänderung, die dem Bundesvorstand weitreichende Restriktionsmöglichkeiten gegenüber Parteigliederungen verschafft hätte, traf auf Widerstand. Dieses „Ermächtigungsgesetz“, wie es ein Parteitagsdelegierter bezeichnete, mochte die Basis dann doch nicht absegnen.

Dem Fußvolk muss aber letztlich auch ein wenig Zucker verabreicht werden. Hilfreich kann hier ein gemeinsam empfundenes Bedrohungsszenario sein. So wurde für den Samstagabend von der Tagungsleiterin Winkelsett die Meldung von dem Anmarsch von 600 gewaltbereiten Autonomen verkündet - und damit der baldige kollektive Aufbruch der Parteitagsteilnehmer im geschützten Konvoi inszeniert. Die Polizei konnte auf Nachfrage die Meldung von dem angeblichen Anrücken eines Schwarzen Blocks allerdings nicht bestätigen.

Im nächsten Jahr soll dann gar der - seit langer Zeit immer wieder angekündigte - Parteiparteitag stattfinden. Das derzeit geltende REP-Programm stammt ja schließlich noch aus der Schönhuber-Ära.

Gabriele Nandlinger

Ausland**Gewalt als Politik**

Aus den Reihen der Mégret-Partei sind zunehmend Straftaten zu verzeichnen.

Mit der Justiz Bekanntheit gemacht haben in den letzten Wochen und Monaten eine Reihe von Aktivisten der französischen extremen Rechten. Nicht zuletzt wird die rechtsextreme Bürgermeisterin von Vitrolles in naher Zukunft ihren Posten los sein - unabhängig davon, wie die im März 2001 anstehenden Kommunalwahlen ausgehen. Jedenfalls, wenn das gegen sie verhängte Urteil in zweiter Instanz bestätigt wird.

Catherine Mégret war im Februar 1997 mit 52 Prozent der Stimmen zum Stadtoberhaupt gewählt worden. Frau Mégret gehört heute der Front National-Abspaltung MNR (Mouvement National Républicain) an. Dem Anfang 1999 gegründeten MNR sitzt ihr Ehemann Bruno vor.

Im Januar 1998 führte die damals noch dem FN angehörende Mehrheit im Kommunalparlament von Vitrolles eine „Geburtenprämie“ in Höhe von 5000 Francs (1500 DM) ein, die ausschließlich den Sprösslingen „französischer oder europäischer“ Eltern vorbehalten bleiben sollte. Der Präfekt, Vertreter des Zentralstaats im Département, untersagte die Prämie alsbald wegen gesetzwidriger Diskriminierung. Wegen rassistischer Diskriminierung verdonnerte das Strafgericht von Aix-en-Provence Catherine Mégret und ihren ersten Beisitzer, Hubert Fayard, am 8. November zu jeweils 100 000 Francs Geldstrafe, zwei Jahren Entzug der bürgerlichen Ehrenrechte und drei Monaten Haft auf Bewährung. Die beiden MNR-Mitglieder haben sofort Berufung gegen das „skandalöse Urteil“ eingelegt. Wenn das Urteil aber von den nachfolgenden Gerichten bestätigt wird, dann wird Catherine Mégret das passive Wahlrecht auf Zeit aberkannt.

Am 21. November wurde ein weiterer Aktivist des MNR von einem Strafgericht verurteilt. Christian Mollier (47), Besitzer eines Geschäfts mit dem Namen „Keltische Erde“ - in dem es allerhand Blut- und Boden-Plunder zu kaufen gibt - hatte zusammen mit drei weiteren Angeklagten in Grenoble auf der Anklagebank gesessen. Die vier Männer hatten im November 1999 einem KuKluxKlan-ähnlichen Kommando von rund 20 Personen angehört, das einen Überfall auf eine öffentliche Veranstaltung zum Thema „Algerische Einwanderung

in Frankreich“ verübte. Maskiert und mit Eisenstangen bewaffnet, waren sie in die Konferenz eingedrungen, hatten den Redner bedroht, um sich geschlagen und Mobiliar zerstört. Mollier wurde, als Anführer der Gruppe, zu zehn Monaten auf Bewährung verurteilt, die übrigen Angeklagten zu je drei Monaten auf Bewährung. Der MNR hat Mollier mittlerweile ausgeschlossen.

15 Neonazis aus den Reihen der Mégret-Partei überfielen am 22. Oktober acht junge Angehörige dreier linker Gruppen, die auf einem Sonntagsmarkt im 19. Pariser Bezirk Flugblätter und Organisationszeitungen angeboten hatten. Ein KP-Mitglied erhielt durch einen Knüppelschlag Verletzungen am Kopf, den Angegriffenen sowie umstehenden Personen wurde Reizgas in die Augen gesprüht.

Am 12. August dieses Jahres wurden die beiden MNR-Aktivisten Boccaletti (26) und Boutroix (19), im südostfranzösischen Toulon zu sechs beziehungsweise vier Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. Beim Kleben von MNR-Plakaten in Six-Fours, einer Kleinstadt nahe Toulon, gerieten sie am 7. August in einen Streit mit jungen Immigranten. Dabei gaben die MNR-Mitglieder Schüsse aus einer Pistole ab, die den 27-jährigen Alexis Baudrey nur knapp verfehlten und ihn hätten töten können. Boccaletti - Besitzer der Pistole, aus der sein Kumpan die Schüsse abfeuerte - ist Vize-Bezirkssekretär des MNR und Spitzenkandidat zu den Kommunalwahlen in Six-Fours. Die Partei hat sich in einem Kommuniqué gegen die „ungerechte Verurteilung“ ihrer Mitglieder gewandt, die in „Notwehr“ gehandelt hätten.

Wenngleich hauptsächlich der MNR - der nach der Spaltung der französischen extremen Rechten den Hauptteil der Militanten aufgenommen hat - durch Gewaltakte von sich reden macht, so bleibt doch der Front National nicht gänzlich von der Justiz verschont. Am 17. Oktober wurde der FN-Bezirksvorsitzende im Vogesen-Département, Jean-Yves Douissard, zwecks Einleitung eines Untersuchungsverfahrens in polizeilichen Gewahrsam genommen, zusammen mit vier weiteren FN-Mitgliedern. Ein reuiger Ex-Aktivist hatte der Justiz eine Videokassette von einer Rechtsextremen-Versammlung im Dezember 1999 im lothringischen Dieulouard zugespielt. Unter den rund 80 Anwesenden sieht man Personen den Hitlergruß vor einer NS-Flagge abgeben und Lieder absingen, in denen die physische Vernichtung der Juden begrüßt oder gefordert wird. Fünf der Teilnehmer wurden dann festgenommen.

Bernhard Schmid

Ausland

„Arische Revolution“

Ein führender US-amerikanischer Rechts-extremist ruft seine Anhänger zu Gewalttaten bis hin zum Mord auf.

Am 10. November wurde Alex Curtis, einer der kommenden Führer der US-amerikanischen extremen Rechten, in seiner Heimatstadt San Diego festgenommen. Curtis, 25, Betreiber des „Nationalist Observer“ (NO), eines der größten rechts-extremen Internetportale weltweit, soll als erster führender Rechtsextremist nach den Anti-Hass-Gesetzen (hate crime laws) des Staates Kalifornien angeklagt werden. Ihm und drei anderen Männern wird unter anderem vorgeworfen, in den Jahren 1997 bis 1999 örtliche Synagogen und Häuser von Bürgerrechtlern und Minderheiten mit rassistischer Graffiti beschmiert sowie politische Gegner mit rechtsextremer Propaganda belästigt zu haben. Der Verlauf des Verfahrens ist für die extreme Rechte der USA, wo die Freiheit der Rede einen außerordentlich hohen Stellenwert hat, von großer Wichtigkeit. Aber was macht diesen Mann so gefährlich?

Alex Curtis entwickelte sich schnell zu einem der radikalsten und einflussreichsten Vertreter der amerikanischen extremen Rechten. Von San Diego aus arbeitet er an einer gewaltsamen „arischen Revolution“ gegen die US-Regierung, die er als „jüdisch okkupiert“ und dominiert ansieht. An deren Stelle soll eine „rassezentrierte“ Herrschaft etabliert werden, unter der Bürger- und Aufenthaltsrechte nur mit Ariernachweis erlangt werden können. Für Curtis sind Integration und „gemischtrassige Ehen“ Teile einer jüdischen Verschwörung, die den „Genozid an der weißen Rasse“ zum Ziel habe.

Curtis' Vision ist eine zweistufige revolutionäre Bewegung. Stufe eins ist legalistisch und damit betraut, „diversive und subversive“ Propaganda zu verbreiten, die die Stufe zwei, den Untergrund, lenken soll. Diese Stufe zwei besteht aus so genannten „einsamen Wölfen“ („lone wolfs“, vgl. BNR 21/00), rassistischen Kämpfern, die allein oder in Kleingruppen mit täglichen anonymen Gewalttaten langsam Infrastruktur und Autorität der verhassten Regierung untergraben.

Curtis ist sich sicher, dass es zu Gewalt kommen wird, da „die Regierung, die uns und unsere Nati-

on okkupiert, skrupellos und blutig unsere Rasse ermordet“. Er sieht sich selbst als Propagandist, der die Saat der „arischen Revolution“ aussäht, die eines Tages von „lone wolfs“ geerntet werden wird. Erlaubt sind in diesem Kampf alle Mittel, einschließlich biologischer und chemischer Waffen: „Tausend Timothy McVeighs würden dieser rassistisch korrupten Gesellschaft jede Stabilität entziehen“, schreibt Curtis.

Um seine gewalttätige Ideologie zu verbreiten, greift der 25-Jährige vor allem auf das Internet, sein Magazin „Nationalist Observer“ und seine Telefon-Hotline zurück. Durch diese „privat kontrollierten Medien“ (die er in Gegensatz zu „jüdisch kontrollierten“ setzt) erreicht Curtis nach seinen Angaben „Tausende der radikalsten Rassisten weltweit“. Gleichgesinnte können seine Webseite besuchen, seine E-mail-Liste abonnieren oder seine Hotline anrufen. Er steht in regelmäßigem Kontakt mit zentralen rechtsextremen Figuren wie Tom Metzger, Chef des White Aryan Resistance (WAR), Matt Hale, Pontifex Maximus der World Church of the Creator, oder auch Aryan Nations-Führer Richard Butler und Christian Identity-Mäzen Vincent Bertolini.

Curtis' E-mail-Rundschreiben enthalten auch Korrespondenzen mit inhaftierten Rechtsextremisten (so genannte „Aryan Prisoners of War“), denen sich der Agitator besonders verpflichtet fühlt. So unterhält er unter anderem regelmäßigen Kontakt mit James Burmeister, der ein schwarzes Ehepaar in North Carolina allein wegen ihrer Hautfarbe tötete, dem Neonazi Chris Scott Gilliam, der bei dem Versuch verhaftet wurde, von verdeckten Ermittlern Handgranaten zu kaufen, und zu Nathan Thill, der eine lebenslange Strafe wegen der Ermordung eines Schwarzen in Denver, Colorado, absitzt.

Bereits im zarten Alter von 17 Jahren formte Alex Curtis im kalifornischen Lemon Grove nahe San Diego einen Ein-Mann KuKlux-Klan und terrorisierte seine Highschool mit Hakenkreuzschmierereien und rechtsextremer Propaganda. So stahl er beispielsweise eine Adressenliste aller Schüler um Eltern zu „warnen“ deren Kinder mit „Nicht-Weißen“ Freunden verkehrten. Kurz vor seinem achtzehnten Geburtstag wurde Curtis für diese Taten verhaftet in Tateinheit mit der Morddrohung gegen einen Polizisten.

Im Januar 1998 richtete der damals 22-jährige seine erste E-mail Mailing-Liste ein, die heute seinen Angaben zufolge über 800 Empfänger hat. Diese

Liste empfängt regelmäßig sein „Racial Reader's Forum“ mit einer Auswahl von Korrespondenzen und Kommentaren. Ein Archiv dieses Forums ist auf seiner bereits seit 1996 existierenden und stetig wachsenden Webseite eingestellt. In einer ständig aggressiveren und gewaltverherrlichenden Rhetorik agitiert Curtis seit 1998 immer deutlicher für die Vorbereitung einer „arischen Revolution“, für die er öffentlich zu Attentaten, so genannten „lone-wolf Attacken“ (BNR 21/00) oder sogar zum Einsatz von biologischen und chemischen Waffen aufrief. Das Endziel: die Welt von „ungewollten un- arischen Elementen zu befreien“.

Dass auch biologische Waffen zum propagandistischen Arsenal von Alex Curtis gehören ist ernst zu nehmen. Die Titelstory der Juni 2000-Ausgabe seines „Nationalist Observer“ mit der Überschrift „Biologie für Arier“ gibt eine detaillierte Gebrauchsanweisung zur Herstellung und zum Einsatz von hochgiftigen Substanzen wie Milzbranderregern und Typhuskulturen. In diesem auch auf der NO-Webseite greifbaren Artikel weist Curtis vor allem auf das günstige „Preis-Leistungs-Verhältnis“ hin, da mit relativ geringen Kosten relativ vielen „Feinden“ der Garaus gemacht werden könne.

Tom Metzgers „worse is better“-Strategie folgend, die auf den Zusammenbruch einer sich immer mehr fragmentierenden Gesellschaft hinarbeitet, begrüßt Curtis jede Art von „anti-weißen“ Vorfällen. Der Ausgangspunkt seiner „arischen Revolution“ ist Hass: „Hass ist eine Emotion, die Menschen zum Handeln bewegt und so Veränderungen bringt. Wir müssen Nigger und Juden ermutigen, uns zu hassen“. In diesem Sinne kritisiert Alex Curtis die bisherigen Gewalttaten von Rechtsextremisten scharf - und zwar aus dem perversen Grund, dass ihre Wirkung für die „weiße Sache“ zu klein gewesen sei. Zu dem Tod von James Byrd in Jasper, Texas, schreibt er: „Hier ist ein weiterer Fall, der nicht zu Ende gedacht wurde, denn hier wurde das Leben eines Niggers gegen das von mehreren weißen Männern eingetauscht“. Mit anderen Worten ist es nicht „produktiv“ ungeplant und willkürlich einzelne „Feinde“ zu töten. Eine Erkenntnis, die sich in der organisierten rechtsextremen Skinheadszone international immer weiter durchsetzt.

Alex Curtis hat sich als eine führende Stimme der amerikanischen extremen Rechten etabliert. Mit seinem pan-arischen Ansatz bedient Curtis dabei auch „Kameraden“ außerhalb Nordamerikas, insbesondere in Deutschland, die ebenfalls seine E-

mail Mailing-Listen frequentieren. Nationalität im herkömmlichen Sinne spielt für Curtis keine Rolle, für ihn sind „alle, die das Überleben der weißen Rasse zu ihrer höchsten Priorität machen, Mitglieder der weißen Nation“. Curtis rät kategorisch von Mitgliedschaften in Gruppen oder Organisationen ab. Auch um der Gefahr der staatlichen Verfolgung zu entgehen und höchste Wirksamkeit für die „arische Sache“ zu erreichen, sollen jede Art von öffentlichen Treffen, Kundgebungen und Versammlungen vermieden werden und stattdessen auf Basis des führerlosen Widerstandes in gewaltbereiten Kleinstgruppen gehandelt werden.

Es bleibt abzuwarten, ob die Verhaftung von Alex Curtis einen Solidarisierungseffekt haben oder tatsächlich gewalttätige „lone-wolf“-Aktionen auslösen wird. Auch nach der jüngsten Prozessniederlage der Aryan Nations (vgl. BNR 20/00) wird die Luft für amerikanische Rechtsextremisten dünner. Doch die Strukturen sind gefestigt und die Gewaltbereitschaft ist außerordentlich hoch. Ganz seiner Rolle als Chefagitator entsprechend hat Curtis seine Anhänger bereits auf den Fall seiner Verhaftung vorbereitet: „Betet zu Gott, dass intolerante Propaganda so bald wie möglich verboten werden wird, ohne jede Rücksicht auf freie Meinungsäußerung [...] Es kann keine Revolution geben, bevor nicht einige Priester fünfjährige Haftstrafen für das Verlesen von politisch inkorrekten Bibelpassagen erhalten [...] Und dann mag das Morden beginnen.“ Nach seinen Berechnungen würde die Ermordung von etwa 1000 Personen pro Woche ausreichen, um einen völligen Vertrauensverlust gegenüber dem demokratischen System zu erreichen.

Thomas Grunke

Hinweis

Berlin - Die bündnisgrüne Bundestagsfraktion führt am 12. Dezember von 13.00 bis 18.30 Uhr in Berlin eine Anhörung zum Thema „Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus“ durch. Teilnehmen werden daran die Abgeordneten Kerstin Müller, Annelie Buntenbach, Claudia Roth, Steffi Lemke, Christian Ströbele und Christian Simmert. Zu Wort kommen dabei auch Vertreter von verschiedenen demokratischen Initiativen wie Opferperspektive, Aktion Noteingang, Miteinander e.V., Zentrum demokratische Kultur, dem DGB und viele andere
Anmeldung an: Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Büro Annelie Buntenbach, Platz der Republik 1, 11011 Berlin; Fax: 030/227-76278, E-mail: annelie.buntenbach@bundestag.de

Hintergrund

Eine braune Bilanz

Im Internet agieren die Neonazis ohne jegliche Zurückhaltung.

„Die Neonazis nutzen die neuen technischen Möglichkeiten des Internet auf vielfältige Weise, intensiv und recht geschickt“. So lautete das Fazit des Präsidenten des Bundesamts für Verfassungsschutz Heinz Fromm, nachdem sein zuständiger Referatsleiter Ewert im Jüdischen Kulturverein Berlin das Thema „Rechts im Netz“ an einer breiten Skala von Text- und Bildbeispielen demonstriert und erläutert hatte. „Sie sehen hier eine Chance, weltweit Propaganda zu betreiben, die nicht ohne Weiteres zu unterbinden oder zu verbieten ist, und die Möglichkeit, untereinander sehr schnell und unkompliziert zu kommunizieren. Sie organisieren via Internet Zusammenkünfte und Demonstrationen. Und leider können wir meist nur reagieren, sind sie uns technisch immer einen Schritt voraus.“

Für viele der Beispiele und vor allem für die skrupellose Frechheit von Schreibern und Providern der neonazistischen Machwerke brauchten jüdische und nichtjüdische Teilnehmer starke Nerven. Die Verfassungsschützer konnten sich auf eine wahre Materialflut stützen. Von 32 im Jahre 1996 ist die Zahl der rechtsextremistischen Homepages auf derzeit etwa 450 angewachsen. Die Parteien der extremen Rechten sind bis in die Ortsorganisationen im Internet vertreten. Die „Tarnung“ ist auf das juristisch Unumgänglichste beschränkt. Man begrüßt sich mit „Ein dreifaches S... H...“ oder mit „88“ (weil H der achte Buchstabe im Alphabet ist). Mit Vorliebe nutzt man den Umweg über die USA, da die amerikanische Gesetzgebung nazistische Symbole und Parolen nicht verbietet, und wirbt direkt für „deutsche Websites in den sicheren USA“.

Besonders infam ist die Homepage des Hamburger Neonazis André Goertz, wo mit kaum verhüllten Formulierungen und eindeutiger Tendenz aktuelle Themen wie „Angst: Bald überall ein Haider?“ oder „Sabine Christiansen und die feigen Hosenscheißer“ kommentiert werden. Auch multimedial sind die Neonazis aktiv. Man hörte den beim „Radio Germania“-Publikum beliebten rechten Liedermacher Frank Rennicke, der bekannte: „Ich hoffe, dass bald alle Türken in KZs kommen.“ Man sah Ausschnitte aus dem Computerspiel „Na-

zimoorhuhnjagd“, das bei www-Nazi-Lauck-NSD-AP abrufbar war und bei dem Wegweiser nach Auschwitz und Dachau ebenso wenig fehlten wie der „ewige Jude“ und Adolf Hitler. Gestoppt wurde das Spiel nicht wegen seines antisemitischen und nazistischen Inhalts, sondern weil die Firma, der die Rechte an der echten „Moorhuhnjagd“ gehören, in den USA urheberrechtliche Schritte unternahm.

Es ging Schlag auf Schlag: Internet-Aufruf zu einer Gegendemonstration am 70. Todestag Horst Wessels, Skinhead-Chatroom zum weltweiten Gedankenaustausch, Internet-Zeitschrift „Perspektiven“ als Ersatz für verbotene Druckerzeugnisse, Internet als Steuerungsinstrument für potenzielle Demo-Teilnehmer: kein Alkohol, keine waffenähnlichen Gegenstände, keine zu auffällige Kleidung, Bombenbauanleitung per Bildschirm. Aber auch schwarze Listen, Morddrohungen, der Aufruf von „Bonn 14 88“: „In der jetzigen Situation hilft nur Terror. Macht kaputt, was euch kaputtmacht. Der Bürgerkrieg wird kommen.“ Das alte SA-Lied „Blut muss fließen knüppeldick, wir schießen auf die Freiheit dieser Judenrepublik“ wurde neu aufgenommen, eine Spielszene gipfelt in dem „Kinderwort“: „Wenn wir groß sind, töten wir alle (Juden und Neger), dann wird alles wieder sauber.“ Das findet seine Kundschaft. Manche Seiten werden bis zu 700 Mal täglich aufgerufen.

In den lebhaften Aussprache melden sich Vertreter von hagalil online zu Wort, deren facettenreicher Dienst im Internet monatlich 100 000 Nutzer umfassend über jüdisches Leben informiert und jüdisches Wissen vermittelt, aber auch neonazistische Aktivitäten analysiert. Sie forderten, den Griff des Rechtsextremismus ins Netz nicht nur passiv zu registrieren, sondern offensiv und positiv zu reagieren, vor allem, in dem man selbst ein attraktives Angebot unterbreitet. Tendenzen des Antisemitismus müsse man auch dort wachsam begegnen, wo sie versteckt und getarnt auftreten, unlängst sogar auf Schweizer Tierschutzseiten. Nicht nur das Auditorium war für einen informativen Abend dankbar. Auch Verfassungsschutzpräsident Fromm hatte zu danken. Von den Teilnehmern seien wichtige und bedenkenswerte Fragen aufgeworfen worden. „Mit administrativen Mitteln und Verboten allein ist das Problem nicht zu lösen. Wir müssen erkennen, wie das Spiel läuft. Die Musik machen die Nazis, die jungen Leute erhalten von ihnen die Stichworte. Verhindern, dass noch mehr junge Menschen auf die Rattenfänger herankommen, können wir nur alle gemeinsam.“

Ralf Bachmann

Hintergrund**Vorwürfe entkräftet**

Die Wehrmachtsausstellung soll mit einer neuen Konzeption im nächsten Jahr wieder gezeigt werden. In der Grundaussage hat sich nichts geändert.

„Die Ausstellung enthält ... keine Fälschungen im Sinne der leitenden Fragestellungen und Thesen. Die Überprüfung der verwendeten Bild- und Textdokumente in den benutzten Archiven hat zwar manche Ungenauigkeiten und in einigen Fällen auch falsche Zuschreibungen zu Tage gefördert, insgesamt aber die Intensität und Seriosität der von den Ausstellungsautoren geleisteten Quellenarbeit bestätigt.“ Klarer und eindeutiger kann eine Kommission nicht urteilen, die darüber befinden sollte, ob es in der Wanderausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 - 1944“ von Fälschungen und Verdrehungen nur so wimmelte.

An der Spitze der Kritiker stand der polnische Historiker Bogdan Musial. Er hatte unter anderem behauptet: „Die Liste mit den längst bekannten Fehlern und Manipulationen in der Ausstellung ist lang ... Zitate sind sinnentstellend geändert worden; Bilderreihen wurden auseinander gerissen und so zusammengesetzt, dass sie nun Verbrechen der Wehrmacht zu dokumentieren vorgeben; Bildergeschichten, die sich aus mehreren Fotos zusammensetzen und mit denen suggeriert wird, dass sie denselben Vorgang (Verbrechen der Wehrmacht) darstellen, während sie tatsächlich verschiedene Ereignisse zeigen, zudem falsche oder zumindest zweifelhafte Täterzuordnungen.“ („Süddeutsche Zeitung“ vom 25. November 1999) Daraufhin nahm der Chef und Finanzier des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Jan Philipp Reemtsma, die 1433 Fotos aus dem Verkehr und berief international anerkannte Fachleute. Sie sollten die Exponate wie die Vorwürfe prüfen. Es waren Omer Bartov (USA), Cornelia Brink (Freiburg i.Br.), Gerhard Hirschfeld (Stuttgart), Friedrich Kahlenberg, langjähriger Chef des Bundesarchivs (Boppard), Manfred Messerschmidt (Freiburg), Reinhard Rürup (Berlin), Christian Streit (Heidelberg) und Hans-Ulrich Thamer (Münster). Ein Jahr lang haben die Experten mit Stichproben die Vorwürfe geprüft. Das gilt sowohl für die Fotos als auch für die Texte. Ein weiteres Ergebnis: Der Vorwurf, die

Ausstellung argumentiere „teilweise zu pauschal und unzulässig verallgemeinernd“ wird mit der Feststellung zurückgewiesen, die „Grundaussagen der Ausstellung über die Wehrmacht ... bleiben der Sache nach richtig.“

Um den Vorgang insgesamt angemessen einzuordnen, muss neben dem Kritiker Bogdan Musial auch der amtierende Direktor des einst renommierten Münchner Instituts für Zeitgeschichte (IfZ), Horst Möller, genannt werden. Er hat nämlich als erster Musial für dessen Kritik ein Forum geboten, das bisher über jeden Zweifel erhaben war: Die „Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte“ (VfZ). Das Münchner Institut und die VfZ waren seit der Gründung im Jahre 1949 eine Topadresse für seriöse NS-Forscher. Möller freilich hat seit seiner Berufung neben der NS- auch die Kommunismusforschung in den Mittelpunkt der Arbeit des Instituts gestellt und damit den Gründungsauftrag selbstherrlich erweitert. Gleichzeitig gehörte der Herausgeber des Buches „Der rote Holocaust“ zu den wütendsten Kritikern der Wehrmachtsausstellung. Im Sommer war er dann selbst in die Kritik geraten, weil er eine Laudatio auf Professor Ernst Nolte gehalten hat, als dieser im Mai den „Konrad-Adenauer-Preis“ der rechtskonservativen, nach Meinung der „Süddeutschen“ „eher reaktionären“ Deutschland-Stiftung erhielt. Geistiger Mentor dieser Stiftung ist unter anderen Kurt Ziesel (89), der sein Handwerk bei der Nazizeitung „Völkischer Beobachter“ gelernt hat, später in einer Kriegsberichterstatte-Einheit die deutschen Heldentaten rühmte und nach einem Urteil des Landgerichts München „notorischer Nationalsozialist“ genannt werden darf. Seit Möller, den der Kölner Stadt-Anzeiger „unsensibel“ nennt, an der Spitze des IfZ steht, hat das Institut nach Überzeugung des angesehenen Kölner Zeithistorikers Jobst Dülfer an Profil eingebüßt. „Von dort gehen keine Impulse mehr für aktuelle Debatten aus.“ Sein Kollege Hans-Ulrich Wehler fügt hinzu: „Möller ist kein Mann mit neuen Ideen.“ Und die Zeitschrift zum Verständnis des Judentums „Tribüne“ meinte jüngst zu Horst Möller an der Spitze des IfZ: „So droht deutscher Forschung Schaden, weil das IfZ mit Möller an der Spitze zu einem Zerrbild kritischer Forschung verkommen ist.“

An Ernst Nolte entzündete sich 1986 der „Historikerstreit“, weil der einst angesehene Berliner Historiker glaubte, fragen zu müssen: „War nicht der Archipel Gulag ursprünglicher als Auschwitz? War nicht der Klassenmord der Bolschewiki das logische und faktische Prius des Rassenmordes der

Nationalsozialisten? ... rührte Auschwitz vielleicht in seinen Ursprüngen aus einer Vergangenheit her, die nicht vergehen wollte?"

Angela Merkel, die CDU-Chefin, hat es jedenfalls abgelehnt, die Laudatio auf Nolte zu halten. Möller hingegen plagten keine Gewissensbisse. Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn hat soeben angekündigt, die verkrusteten Strukturen des IfZ aufzubrechen. Ob ihr das gelingt, ist nicht sicher, weil neben der Bundesregierung auch die bayerische Staatsregierung das IfZ beaufsichtigt.

Horst Möller dagegen blieb es laut dpa vorbehalten, die Ausstellung pauschal als „tendenziös“ zu diffamieren und ihr „Agitation“ zu unterstellen. Diese Polemik ist nun auf ihn zurückgefallen, wenngleich die Gutachter durchaus auch kritische Anmerkungen zu den Ausstellungsmachern formuliert haben. Das betrifft vor allem Johannes Heer, der die Ausstellung zu verantworten hatte. Sein Umgang mit Kritikern sei „überheblich“ und „unprofessionell“ gewesen, woraus Reemtsma bereits vor langer Zeit die Konsequenz gezogen und Heer entlassen hat. Von Musials Angeberei „Ich kenne die Arbeitsmethode von Johannes Heer. Wir haben nur die Spitze des Eisbergs freigelegt.“, ist aber fast nichts übrig geblieben. In ganzen zwei von, wie erwähnt, 1433 Fotos hat die Kommission Musial Recht gegeben. Sie zeigen Wehrmachtsangehörige vor Leichen, die allerdings bereits Verwesungsmerkmale trugen. Sie waren vom sowjetischen Geheimdienst ermordet und von Deutschen exhumiert worden. Hätte es sich um Opfer der Wehrmacht gehandelt, die kurz vor der Aufnahme ermordet worden sind, wären sie nicht halb verwest gewesen.

Über die endgültige Zukunft der Ausstellung wollte sich Reemtsma während der Pressekonferenz in Frankfurt/Main, bei der das 96 Seiten umfassende Gutachten vorgestellt wurde, nicht äußern. Dessen ungeachtet sagte er aber: „Sie wird weitergehen“. Seit ihrer Eröffnung im Jahr 1995 bis zum November 1999 haben in 27 Städten 850 000 Besucher die Exponate gesehen. Inzwischen gibt es aus weiteren Städten im In- und Ausland Anfragen. Da die gesamte Ausstellung überarbeitet werden wird, wollten Reemtsma und seine Experten prüfen, ob das Thema auf andere von Deutschland besetzte Staaten ausgeweitet werden kann. In Frage kommen zumindest Italien und Griechenland, wo in diesen Tagen Verbrechen der Wehrmacht breit diskutiert werden.

Heiner Lichtenstein

Demokratische Initiativen

„Keine Stunde Null“

Experten sind verschiedener Ansicht über das Entstehen von Rechtsextremismus.

In der Versäumnis der Politik Brücken zu schlagen, sah die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Marieluise Beck, auf einer Veranstaltung der Willy-Brandt-Stiftung am 6. November in Berlin eine Ursache des Rechtsextremismus und schilderte Erfahrungen, die sie vor Ort bei ihrer täglichen Arbeit macht. „Es gibt in unserer Gesellschaft Angsträume. Menschen, die in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt sind“, betonte sie.

Einen historischen Blick warf der Publizist Bahman Nirumand auf die Problematik und schilderte seine Erfahrungen in Deutschland als Ausländer zu leben, über die Jahrzehnte hinweg. In den 60iger Jahren, so Nirumand, gab es noch den Versuch sich mit Geschichte auseinanderzusetzen, unter Willy Brandt und dem Motto „Mehr Demokratie wagen“ war es gut in Deutschland zu leben, mit den 80iger Jahren und der „geistig-moralischen Wende“ hat man den Wandel gespürt und 1989 schließlich war Mitfeiern nicht drin, obwohl die Freude und Anteilnahme sehr groß war. Die Ursachen des Rechtsextremismus führt er auch auf eine gescheiterte Ausländerpolitik zurück und bezeichnete es als ein hausgemachtes Phänomen.

„Was als normal gilt, kann man nicht mehr problematisieren“, warnte der Konfliktforscher Wilhelm Heitmeyer und wies darauf hin, nicht so zu tun, als wäre Rechtsextremismus ein „Sonderfall abseits einer intakten Gesellschaft“. Vielmehr könne man daran die Integrationsqualität in allen Bereichen der Gesellschaft ablesen. Ursachen von Rechtsradikalismus sieht er unter anderem in den mangelnden Möglichkeiten der Jugendlichen, sich Anerkennung zu schaffen und sich somit in die Gesellschaft zu integrieren. Heitmeyer fordert eine neue Kultur der Anerkennung.

Nach Ansicht von Michael Friedman, dem Vizepräsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, gab es in Deutschland „keine Stunde Null“, somit keine wirkliche Konfrontation mit der Vergangenheit und die Nazis waren ja nach 1945 nicht alle auf einmal verschwunden.

Die facettenreiche Diskussion machte deutlich, wie komplex und vielschichtig diese Problematik ist.

Simone Schmidt

Bücherschau**Gräber als Ersatz**

Oft lagen sie miteinander im Streit, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Heinz Galinski und Ignatz Bubis. Galinski sei immer rückwärtsblickend, während er, Bubis, aber über die Zukunft sprechen wolle, über eine Zukunft für Juden in Deutschland. Jahre später erklärte er, er habe fast nichts erreicht. So sagte Ignatz Bubis, der Überlebende von Auschwitz: „Heute bin ich Galinski näher, auch was das Verbittertsein betrifft.“ Als er kurz darauf stirbt, sind sich führende Vertreter der jüdischen Gemeinschaft einig: Ja, es sei pessimistisch, aber die Worte sollten nicht überbewertet werden, sondern für jüdisches Leben in Deutschland interpretiert werden. Auch Paul Spiegel, der Nachfolger Bubis' im Amt, sprach so. Doch nur knapp ein Jahr später, Anfang Oktober dieses Jahres, stellte er in ungewöhnlicher Direktheit einen perspektivischen Verbleib von Juden in Deutschland in Frage. Auch wenn er die Fragestellung später relativierte, war ihm doch das Entsetzen über die antisemitischen Anschläge anzumerken.

Das vor wenigen Wochen erschienene Buch Adolf Diamants „Geschändete jüdische Friedhöfe in Deutschland 1945 bis 1999“ ist nicht angetan, eine positive Bilanz für die Zeit seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges bis heute zu ziehen. Über 1000 Friedhofsschändungen gab es seither.

Im Sinne von Adorno/Horkheimer ist ja die Schändung eines jüdischen Friedhofs kein Auswuchs des Antisemitismus, es ist der Antisemitismus selbst. So wie es keiner Juden zur Begründung des Hasses auf sie bedarf, dessen primitive Form kann deren Anwesenheit sogar stören, da sich hier das Vorurteil am konkreten Subjekt messen müsste. Sollte die Schändung eines Grabes nicht der reine Antisemitismus sein, so wäre die Schändung des Grabes von Bertolt Brecht mit der Aufschrift „Saujud“ vor einem Jahrzehnt ebenfalls keiner, da der Dichter aus keiner jüdischen Familie kam. Im Gegensatz zu seiner Frau Helene Weigel, deren Grab die Täter aber nicht beachteten.

Das Bundesinnenministerium sieht bei beschädigten Gräber nicht selbstverständlich einen Beleg für Antisemitismus, weshalb die zu Dreiviertel unaufgeklärten Fälle keinen Eingang in die Statistik finden. Diese unterschiedlichen Grundverständnisse

sind aber nur ein Grund für die unvollständige Datenbasis. Während in den Nachkriegsjahren kaum Auflistungen geführt wurden, werden viele Übergriffe umgehend beseitigt, um Aufsehen zu vermeiden, und nicht angezeigt. Was das Gebiet der ehemaligen DDR anbelangt gehen die Zahlen ebenfalls weit auseinander. Für die 200 jüdischen Friedhöfe, im Westen 1300, geht Helmut Eschwege bis 1990 von etwa 100, Lothar Mertens von 26 Schändungen aus. Deutlich ist die Statistik, was die Entwicklung angeht. Von den 50er Jahren an stieg die Durchschnittszahl der Schändungen pro Jahrzehnt von 9,2, über 11,4, 19,1 auf 16,7 bis Ende 1989 an. Der Durchschnitt der 90er Jahre lag dann bei 40,2 antisemitischen Straftaten pro Jahr.

Die jüdischen Friedhöfe, schreibt Julius H. Schoeps, „scheinen besonders für Täter aus der rechtsradikalen Szene magische Anziehungskraft, eine Art Fetischcharakter zu besitzen. Da in der Bundesrepublik kaum noch Juden leben, gegen die man handgreiflich werden könnte, tobt man sich an den Steinen aus - quasi als 'Judenersatz'“. Für diese Auffassung spricht, dass es gerade zu Ostern und um den 9./10. November zu vermehrten Aktivitäten kommt.

So unvollständig das vorgelegte Material zwangsläufig sein muss, ergeben sich für weiterführende Arbeiten eine Reihe von Fragestellungen. So nach den sozialen Daten der Täter, wie Alter, Bildungsgrad und Geschlecht. Was sind die konkreten Anlässe, nachweisbar etwa nach der Ausstrahlung der Serie „Holocaust“ oder der „Hitlerwelle“ in den 70er Jahren, auf welche sich die Schändungen häufen. Gibt es Parallelen zum Anstieg anderer antisemitischer Straftaten. Wie korrespondiert dieser Antisemitismus mit der generellen Abneigung gegen das Andere, das Fremde, dem Rassismus. Wo liegen die Gründe für das massive Ansteigen der Übergriffe seit Beginn der 90er Jahre, was sind die Stabilisatoren dieses quantitativ hohen Niveaus.

Die Daten sind erschreckend. Erschreckend aber ist auch, was sie nicht enthalten. Kein jüdisches Altenheim, kein Kindergarten, die ohne Umzäunung und ausgeklügeltes Sicherheitssystem auskämen. Personenschutz nicht nur für Repräsentanten der Gemeinde. Anonyme - allerdings längst nicht mehr ausschließlich - Bedrohung per Post oder Telefon.

Gunnar Schubert

Adolf Diamant „Geschändete jüdische Friedhöfe in Deutschland 1945 bis 1999“, Verlag für Berlin-Brandenburg, Potsdam 2000, 29,80 DM

Zeitschriftenschau

Periodika der extremen Rechten

„Junge Freiheit“ (JF), 15. Jg., Nr. 43-45/2000: Dem „antifaschistischen (neudeutsch: pluralistischen) Linksbündnis“ dienten die Unionspolitiker, die sich an der Kampagne gegen Rechts beteiligten als „nützliche Idioten“, warnt JF-Autor Michael Wiesberg. Die „Hatz gegen Rechts“ schließe das bürgerliche Lager ausdrücklich mit ein. Ziel der „rot-rot-grünen Gesellschaftsveränderer“ sei die „Transformation Deutschlands in ein multiethnisches Siedlungsgebiet“ (43/00). Hans-Helmuth Knütter ruft die CDU/CSU daher auf, „sich nicht durch den Missbrauch der Faschismuskeule in die Defensive treiben“ zu lassen. Der Antifaschismus drohe das „politische Klima in Deutschland und in Europa zu vergiften“, so Knütter (43/00). Als „bodenlose Unverschämtheit“ bezeichnet Chefredakteur Dieter Stein die „Demonstration gegen Rassismus“ am 9. November; für ihn heißt dies, den „Tag des Mauerfalls politisch zu missbrauchen“, den 9. November „antinational“ zu besetzen (44/00). Das Thema Zuwanderung müsse „endlich zum zentralen Thema in Deutschland werden“, fordert Autor Wiesberg. Als Konsequenz einer „weiteren unregulierten Zuwanderung“ drohe, dass „die Deutschen in der völkerzerstörenden Nacht des ethnischen Todes verschwinden und in eine multi-rassische Gesellschaft einmünden“ (44/00). Philipp Pickert beklagt, dass die Opfer fremdenfeindliche Ausschreitungen „zu politischen Zwecken missbraucht“ und „instrumentalisiert“ würden. Das Ausmaß der Heuchelei sei beschämend. So wären in der ersten Jahreshälfte 2000 „nur 330 registrierte Vorfälle“ rechtsextremistischer Gewalt zu verzeichnen gewesen. Schuld hätten die „Sensationsmedien“, die durch ihre „hysterische Berichterstattung“ die für Ausländer bedrohliche Situation schafften (45/00). Rechtsanwalt Klaus Kunze geißelt den Verfassungsschutz, der durch Einstufung der Republikaner als (rechts)extrem der Partei das „Bestimmungsrecht des eigenen politischen Standorts und des mit ihm verbunden sozialen Geltungsanspruchs“ nehmen würde. Der VS-Bericht sei „eine ideologische Kampfansage“, wodurch eine „konservative Partei durch den Ruch der Illegalität stigmatisiert“ werde“, kritisiert Kunze in dem Text, bei dem es sich um einen Auszug seines Aufsatz in dem von Helmuth Knütter und Stefan Winckler herausgegebenen Band „Der Verfassungsschutz“ handelt (44/00). (gn)

„Nation&Europa“ (NE), 50. Jg., Heft 11-12/2000 Franz Schönhuber, originell und als einziger im aktuellen Heft lesenswert, ruft – mangels Erfolglosigkeit der „Chance des nationalen Zusammenrückens“? – zu einem „weltweiten Kulturkampf“ auf. Als Beispiel für die neue „Gesprächskultur unter Patrioten ...“, die weg kommt von ... Anpöbeleien, ... Diffamierungen“ preist er seine Kooperation mit dem NPD-Wanderreder Horst Mahler an. Es gelte, nationale Positionen zu besetzen, die „die Linken aus Machtgeilheit ... verlassen haben“. Den Begriff des „Herrenvolkes“ lehnt er ab, aber: „das Reich haben wir verloren, jetzt gilt es, das Volk zu retten“. Als Vorbild wird die dänische Anti-EU-Kampagne empfohlen. Gerettet werden müsse das Volk vor allem vor Fremden (dazu unter anderem Karl Richter über Leitkultur) und vor dem Untergang. Uwe Kleingans („Die Deutschen – sterbendes Volk?“) beschreibt – korrekt – die demographische Entwicklung, dass Zuwanderung demographische Defizite nicht behebt und stellt die verständliche Frage nach der Zulässigkeit von Bevölkerungspolitik. Das schlägt um in die Forderung nach Umkehr in der Ausländerpolitik, Stopp von Asyl, Familiennachzug und Anwerbung. Der Eid auf die Verfassung, der für Einwanderer gefordert wird, wird von NE-Mitherausgeber Harald Neubauer verworfen, gelte diese doch nur für das gesamte Deutsche Volk, zudem sei die Verfassung seit 1949 von den Herrschenden „immer wieder zu rechtgebogen“ worden. Der CDU wird vorgehalten, sie habe in 16 Jahren Kohl-Regierung „das Überfremdungsdesaster verschuldet“, weshalb ihre „Entsorgung“ (sic!) laut Karl Richter zu Recht komme. Die Diskussion um den Antrag, die NPD zu verbieten, kommentiert das frühere REP-Vorstandsmitglied Hans Hirzel („Ein Schub Neo-Totalitarismus“), der seiner Partei Verfassungskonformität bescheinigt und vorerst Zurückhaltung in der „Kampagne gegen die NPD“ gelobt. (Das hat sich auf dem REP-Parteitag – ungeachtet seiner verunglückten Kandidatur gegen Schlierer – bald geändert.) Es fehlt im Heft auch nicht der Antisemitismus, der in fast allen Beiträgen wieder verstärkt aufscheint, und als dessen Vehikel Israels Palästina-Politik ebenso dient wie der Angriff auf die USA und den verstorbenen Ignatz Bubis. So sei Bundesinnenminister Otto Schily erst durch ein Gespräch mit Paul Spiegel, dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, von der Notwendigkeit des NPD-Verbots überzeugt worden. Lustig zu lesen ist die Empfehlung des fragwürdigen Hamburger Richters (Gnadenlos) Ronald B. Schill als „Haider des Nordens“. (khr)

Meldungen**Inland**

■ **Berlin** - Rund 1 500 Rechtsextremisten demonstrierten am 25. November in Berlins Mitte. Die NPD hatte den ursprünglich in München angemeldeten Aufmarsch, mit dem sie gegen das ihr drohende Verbot demonstrieren wollte, kurzfristig nach Berlin verlegt. Die von der NPD geplante Route durch das Brandenburger Tor war allerdings vorher von den Behörden untersagt worden. Wegen der zahlreichen Gegendemonstrierenden löste die Polizei die NPD-Veranstaltung vorzeitig auf. Am Roten Rathaus in Berlin hatte das Bündnis „Europa gegen Rassismus“ zu einer Gegenkundgebung aufgerufen, woran sich insgesamt etwa 3000 Personen beteiligten.

■ **Berlin/Hamburg** - Die revanchistische Wochenzeitung „Das Ostpreußenblatt“, die seit 1995 vom Bundesamt für Verfassungsschutz gesichtet wird, hat in den vergangenen Jahren auch „Beiträge von Rechtsextremisten veröffentlicht oder für Erzeugnisse rechtsextremistischer Verlage erworben.“ Dies erklärte die Bundesregierung auf eine entsprechende Anfrage der PDS-Bundestagsfraktion (BT-Drucksache 14/4494). Namentlich benannt wird Horst Mahler, der im „Ostpreußenblatt“ über einen „Holocaust-Gedächtniskult“ lamentieren durfte, verwurzelt in der „Umerziehungsideologie“, die den „Deutschen als Folge ihrer militärischen Niederlage von den westlichen Besatzungsmächten übergestülpt worden“ sei.

■ **Böblingen** - Frank Rennie (Pseudonym: „Barde Troubadix“), NPD-Hofsänger und „Integrationsfigur mit Kontakten in alle Bereiche der rechten Szene“ (Verfassungsschutz Baden-Württemberg), wurde vom Amtsgericht Böblingen wegen Volksverhetzung zu einer Haftstrafe von zehn Monaten, ausgesetzt zur Bewährung, verurteilt. Zudem wurde das Bankguthaben von Rennie, der seit 1989 als rechtsextremer Liedermacher aktiv ist und bis dato etwa ein Dutzend CDs veröffentlicht hat sowie circa 500 Konzerttermine absolvierte, in Höhe von 70 000 Mark konfisziert. Anlass war das „Heimatvertriebenen-Lied“ von Rennie, in dem es unter anderem heißt: „Amis, Russen, Fremdvölker raus - endlich wieder Herr im eigenen Haus“. Enthalten ist das Lied auch auf der Rennie-CD „Auslese. Auswahl der bekanntesten Lieder“, die 1993 erschien und inzwischen von der Bundes-

prüfstelle für jugendgefährdende Schriften indiziert wurde. In deren Folge hatte Rennie am 20. Juli 1999 eine Hausdurchsuchung. Beim Prozess gegen Rennie, einst Mitglied des „Gau Schwaben“ der Wiking Jugend, war auch Günter Deckert, vormals NPD-Bundesvorsitzender zugegen.

■ **Dortmund** - 102 Neonazis, der jüngste von ihnen war erst 14 Jahre alt, wurden bei der Räumung eines Partykellers in Dortmund am 17. November von der Polizei vorübergehend in Gewahrsam genommen. Gefeiert wurde der 47. Geburtstag des Funktionärs Siegfried Borchardt, Ex-FAP-Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen. Um eine Auflösung der Veranstaltung zu verhindern, verbarrikadierten sich die Neonazis und gingen mit Flaschen und Holzlatten gegen die Polizei vor. Die massiven Angriffe auf die Beamten bezeichnete der Einsatzleiter der Polizei, als eine „neue Dimension der Gewalt“. Gegen Borchardt und drei weitere Gesinnungskameraden wurde ein Verfahren wegen schweren Landfriedensbruchs eingeleitet. Borchardt hatte zuletzt am 25. Oktober eine Neonazi-Demo vor dem alternativen Kulturzentrum „Langer August“ in der Dortmunder Nordstadt angeführt.

■ **Eisenach** - „Wir wollen hier nicht zu Straftaten, Gewalt oder Anschlägen aufrufen. Es dient lediglich der Aufklärung des Otto Normal Verbrauchers“ wird den Leserinnen und Lesern der Internetseiten des „Nationalen und sozialen Aktionsbündnisses Westthüringen“ (NSAW) mitgeteilt. Anschließend folgt dann eine detaillierte Auflistung von Informationen über antifaschistische und kirchlich engagierte Einzelpersonen und Gruppen sowie Treffs in Eisenach, die den Neonazis ein Dorn im Auge sind. Verantwortlich für diese Anti-Antifa-Aktivitäten zeichnet eine am 16. November in Gotha gegründete „Bürgerinitiative gegen Antifaschismus Eisenach“.

■ **Frankfurt** - Ernst Marschall (vgl. BNR 19/1996), in Frankfurt lebender Ex-NPD-Funktionär, zuvor Republikaner, ist der „Netzmeister“ des „ThingNetzes“, eines Neonazi-Mailboxsystems, in dem sich etwa 30 Rechtsextremisten unter konspirativen Umständen austauschen. Im „ThingNetz“ tritt Marschall, so ein Szene-Aussteiger, unter dem Pseudonym „Wutzemann“ auf. Andersdenkende werden von Marschall, in dessen Wohnung im Dezember 1999 eine Hausdurchsuchung durchgeführt wurde, im „ThingNetz“ als „nasige Linxhetzer“ diffamiert.

■ **Gießen** - Die Republikaner stellen derzeit ihre Listen für die Kommunalwahl in Hessen am 18. März nächsten Jahres auf. Vor knapp vier Jahren entfielen auf die REP landesweit 6,6 Prozent und 201 Mandate. Insgesamt 40 Fraktionen konnten die REP 1997 im Bundesland bilden. Die rechts-extremistische Konkurrenz von der NPD kam auf weitere sechs Fraktionen. In der Universitätsstadt Gießen verzichteten die REP nun auf eine erneute Kandidatur zum Stadtparlament. 1993 zogen die REP mit 10,4 Prozent und sechs Abgeordneten in den Stadtrat ein, von denen nur vier der Partei die Treue bis zum Ende der Wahlperiode hielten. Vier Jahre später erzielten die REP nur noch 5,9 Prozent und drei Mandate in Gießen. Die langjährigen Mandatsträger Ulrich Kolan (74), seine Ehefrau Ursula Kolan (69) sowie Horst Öhl (62) wollen aus Alters- und Gesundheitsgründen nicht wieder kandidieren. Ulrich Kolan ist zudem mit seiner Nachfolgerin im Amt der Kreisvorsitzenden, Eva Pfeffer-Schmidt, nicht einverstanden. Pfeffer-Schmidt führt die REP-Liste zur Kreistagswahl an.

■ **Jüchen/Kerkrade** - Der langjährige Neonazikader Christian Malcoci aus Jüchen, ehemals Kameradschaftsführer der ANS/NA und Mitglied in der NSDAP/AO sowie zeitweilig stellvertretender Vorsitzender der braunen Knastorganisation HNG und Gausekretär des „Komitees zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers“ (KAH), will im nächsten Jahr auf der Liste der rechtsextremistischen Niederländischen Volksunion (NVU) in der Stadt Kerkrade kandidieren. Über die Kandidatur des 37-jährigen Neonazis informierte die NVU am 12. November auf einer Saalveranstaltung, zu der sich über 100 Neonazis aus der Bundesrepublik und den Niederlande an einem konspirativen Ort zusammengefunden hatten. „Gewürdigt“ wurden die Ereignisse des 9. November 1923. Redner war neben anderen der NVU-Funktionär Constant Kusters.

■ **Hamburg** - Das von Freien Nationalisten kreierte „Aktionsbüro Norddeutschland“ teilte jetzt mit, dass sich der Skingirl-Freundeskreis Deutschland (SFD) aufgelöst habe. Angeblich wolle man dadurch einem möglichen Verbot zuvorkommen, so die Argumentation. Das Aktionsbüro Norddeutschland äußert dazu sein Bedauern und spricht von einem „falschen Signal zum falschen Zeitpunkt“. Wörtlich heißt es: „Es ist Feigheit vor dem Feind, die den Feind unnötig bestärkt und das Ansehen der Nationalen Opposition allgemein schwächt.“

■ **Mainz** - Die NPD ist mit dem Versuch gescheitert, einen Beitrag des ARD Politmagazins „REPORT MAINZ“ nachträglich verbieten zu lassen. Das Magazin hatte am 24. August berichtet, die NPD unterhalte bei vielen deutschen Kreditinstituten Bankverbindungen. Als Reaktion auf die Berichterstattung kündigten viele Banken die Konten der NPD und zahlreiche weitere Bankverbindungen von Rechtsextremisten. Die NPD vertrat laut SWR die Auffassung, dass der ARD-Beitrag ein widerrechtlicher Boykottaufruf sei. Dem ist das Landgericht Mainz in seinem Beschluss vom 9. November entgegengetreten. Die Richter wiesen den Antrag der NPD auf Erlass einer Einstweiligen Verfügung zurück. Damit schlossen sie sich der Rechtsauffassung des SWR an, wonach die in der Sendung geäußerte Meinung, deutsche Kreditinstitute sollten keine Geschäftsbeziehungen mit der NPD unterhalten, von der grundrechtlich geschützten Meinungsfreiheit gedeckt sei.

■ **Pinneberg** - Die „Kameradschaft Pinneberg“ offenbart sich immer mehr als derzeitige „Speer-spitze“ der so genannten Freien Nationalisten um deren Führungsfigur Christian Worch (Hamburg). Dabei hat sich die Gruppierung weiterhin die 47 000-Einwohner-Stadt Elmshorn (Kreis Pinneberg) als Aktionsort auserkoren. Die Polizei spricht inzwischen von 70 aktiven Rechtsextremisten und bis zu 250 Mitläufern aus der Region Pinneberg/Elmshorn. Am 14. November fand wieder eine Demonstration von knapp 70 Neonazis in Elmshorn statt. An der Spitze die führenden Kader Worch, Klemens Otto (Pinneberg) und Peter Borchert (Neumünster). Über 1000 Gegendemonstranten setzten dem braunen Pulk, nur von der Polizei getrennt, lautstarken Protest entgegen. Angemeldet wurde der rechte Aufzug von Benjamin Skourup. Anlass war ein „klassisches Friedenskonzert gegen Rechts“. Auch in den Wochen zuvor war die Region wiederholt Ziel neonazistischer Aktivitäten. Es begann mit der Schändung des jüdischen Gedenksteines in Elmshorn am 8. November. Es folgte eine Kranzniederlegung am 9. November in Halstenbek für die „Märtyrer Hitlers“, so die uniformierten Rechten. Die Polizei löste die „Gedenkfeier“ mit 40 Aktivisten auf. Am 11. November fand eine Saalveranstaltung mit Manfred Roeder im Heidgraben bei Torpesch (Kreis Pinneberg) statt. Die Polizei beobachtete 60 Zuhörer - darunter mehrere Eltern mit ihren Kindern - und sichtete neonazistisches Propagandamaterial wie das „Zentralorgan“. Diverses Schriftgut wurde beschlagnahmt und wird möglicherweise in Straf-

verfahren münden. In den Folgetagen gab es in Elmshorn eine Hakenkreuzschmiererei an einem Haus, das von einem Ausländer bewohnt wird, sowie einen Anschlag auf das Pinneberger IG-Metall-Büro, wobei ein Stein die Scheibe zerstörte. Die „Kameradschaft Pinneberg“ ist auch bei bundesweiten Aufzügen vertreten, wie zuletzt am 21. Oktober in Dortmund.

■ **Schorndorf** - In der Nacht vom 17. auf den 18. November wurde im baden-württembergischen Schorndorf ein 44-jähriger Grieche von acht Rechtsextremisten im Alter von 17 bis 25 Jahren überfallen und verletzt. Beteiligt waren an dem Überfall auch zwei Funktionäre der lokalen NPD. Der 25-jährige Christian Wolnitza ist Beisitzer im NPD-Kreisverband Rems-Murr und leitet das Amt für Pressearbeit. Ebenfalls Beisitzerin ist die 22-jährige Bianca Wolnitza, Leiterin des Amts für Kultur im NPD-Kreisverband. Die beiden NPD-Funktionäre und zwei weitere Tatbeteiligte sitzen derzeit in Untersuchungshaft. Gegen die anderen vier Beteiligten erließ der Haftrichter ebenfalls Haftbefehle, die gegen Auflagen jedoch außer Vollzug gesetzt wurden. Vor dem Überfall auf den Griechen hatten die Rechtsextremisten im schwäbischen Schorndorf einen Punker zu Boden gerissen und mit Tränengas besprüht.

■ **Weinheim/Straßburg** - Der Ex-NPD-Vorsitzende Günter Deckert studiert Eigenangaben zufolge neuerdings Jura an der Universität Straßburg. Nach dem Studium will der suspendierte Lehrer dann als Rechtsanwalt arbeiten. Der 61-jährige Deckert war im Oktober nach fast fünf Jahren Haft aus dem Bruchsaler Gefängnis entlassen worden, wo er unter anderem wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhass einsaß.

Ausland

■ **Schweiz (Aargau)** - Der Schweizer Holocaust-Leugner Jürgen Graf soll im Iran „politisches Asyl“ erhalten haben. Dies meldet die Internetausgabe des antisemitischen Hetzblattes „National Journal“ mit Sitz in Großbritannien. Demnach fand Graf nach einer „langen Odyssee durch viele osteuropäische Länder, darunter Russland und die Türkei“, „letztlich Schutz vor der jüdischen Verfolgung in Teheran“. Graf wurde im Juli 1998 vom Bezirksgericht Baden wegen Widerhandlung gegen die Rassismus-Strafnorm zu einer 15-monatigen Haftstrafe ohne Bewährung sowie 8 000 Franken Geldbuße verurteilt. Im Juni 1999 wurde die erstinstanzliche

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

DDVG • Stresemannstr. 30 • 10963 Berlin ###9
PVSt, DPAG, „Entgelt bezahlt“, A 13861
Heft 24-2000 / Abo 5292719000
Antifaschistisches Pressearchiv
und Bildungszentrum Berlin e. V.
Falkensteinstr. 46
10997 Berlin

Verurteilung Grafs vom Aargauer Obergericht bestätigt. Nach der Berufungsverhandlung tauchte Graf unter.

■ **USA (New Orleans)** - Das FBI hat am 16. November den Wohnsitz des US-amerikanischen Rechtsextremisten David Duke, einst Führer der Knights of the Ku Klux Klan und der National Association for the Advancement of White People, durchsucht. Den Anlass der Durchsuchung gab das FBI nicht bekannt. Duke hat im vergangenen Jahr eine Gruppierung namens „National Organization for European-American Rights“ (NOFEAR) ins Leben gerufen.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-190

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Satz und Gestaltung:

DDVG mbH, Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
-verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto.

Nachweis erforderlich!

Halbjahresabonnement, Preis DM 32,- zzgl. Porto